

Finanzchef von Continental muss gehen

Continental trennt sich angesichts anhaltender Ermittlungen zur Diesel-Abgaskrise von seinem langjährigen Finanzchef Wolfgang Schäfer. Der Aufsichtsrat habe in einer Sonder-sitzung zugestimmt, dass der 62-Jährige das Vorstandsmandat bei dem Autozulieferer mit sofortiger Wirkung niederlege, hieß es am Mittwochabend aus dem Dax-Konzern in Hannover. Schäfer saß seit 2010 in der Führungsetage. Er war dort unter anderem auch für Controlling und die Einhaltung rechtlicher Standards zuständig. Staatsanwälte haben bei der weiteren Aufarbeitung des Abgasskandals, der 2015 zuerst bei VW aufgefliegen war, bereits länger zusätzlich Conti-Ingenieure im Blick. Es kam zu mehreren Razzien. Parallel dazu schob der Zulieferer eine eigene interne Untersuchung an. Deren Ergebnis soll nun der Hauptgrund dafür sein, dass Schäfer gehen muss. Sein Vertrag wäre eigentlich noch bis Ende 2024 gelaufen. Kommissarisch soll nun Vorstandschef Nikolai Setzer die Ressorts von Schäfer übernehmen, die Aufgaben auf der Ebene darunter führt vorerst die Managerin Katja Dürrfeld fort.

TEXT: DPA/FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA



Auskunftspflicht stößt auf Kritik

Arbeitnehmer sollen Impfstatus offenlegen – aber es gibt Aufregung und viele offene Fragen

VON MARC HAGEDORN
UND PETER HANUSCHKE

Bremen. Zustimmung von den Bremer Unternehmen, Kritik von der Arbeitnehmerkammer und viele offene Fragen – die von den künftigen Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP diskutierte Auskunftspflicht für Beschäftigte über ihren Impfstatus sorgt für Aufregung und Verunsicherung. „Die Auskunftspflicht ist längst überfällig“, sagt Cornelius Neumann-Redlin, Vorsitzender der Bremer Unternehmensverbände. Er bezeichnet es als „komplett unlogisch“, dass es Unternehmen während der Pandemie einerseits erlaubt worden sei, die Betriebsabläufe und Maßnahmen an den Impfstatus der Belegschaft anzupassen, andererseits eine Abfrage des Impfstatus bisher aber nicht in allen Branchen möglich ist.

„Gut deshalb, wenn die Auskunftspflicht jetzt kommt“, sagt Neumann-Redlin. Für ihn gibt es kein Argument, dass dagegen spricht. „Wir geben doch seit Monaten in unserer Freizeit, in Restaurants oder im Kino Auskunft“, sagt er. Das bewertet die Arbeitnehmerkammer anders. „Gesundheitsdaten sind rechtlich besonders geschützt, deshalb gibt es für Beschäftigte auch keine Auskunftspflicht über den Impfstatus gegenüber dem Arbeitgeber“, so Nathalie Sander, Sprecherin der Kammer.

Die Arbeitnehmervertretung spricht sich deutlich für den Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, weil am Arbeitsplatz häufig viele Menschen zusammenkämen und dadurch ein erhöhtes Infektionsrisiko bestehe. Die Betriebe seien deshalb in der Pflicht, geeignete Maßnahmen umzusetzen. Die allgemeine Impfauskunftspflicht gegenüber dem Arbeitgeber zählt die Arbeitnehmerkammer allerdings nicht dazu. Sie sei bei

„Jeder hatte inzwischen ausreichend Gelegenheit, sich impfen zu lassen.“

Cornelius Neumann-Redlin

einer 3-G-Regelung aber auch gar nicht nötig, weil die Möglichkeit des Testens bestehe. Das tägliche Testen, so die Kammer, müsse selbstverständlich kostenlos für die Beschäftigten sein.

Die Bremer Unternehmensverbände sehen das allerdings anders. „Jeder hatte inzwischen ausreichend Gelegenheit, sich impfen zu lassen“, sagt Neumann-Redlin, „wer es immer noch nicht will, muss in Kauf nehmen, dass er für Tests zahlen muss.“ Eine Aus-

nahme müsse allerdings für diejenigen gelten, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können beziehungsweise dürfen.

Den Nachweis zu erbringen, ob sie geimpft, genesen oder getestet sind, bezeichnet die Gewerkschaft Verdi als zumutbar für die Beschäftigten. „Die Überprüfung durch die Arbeitgeber kann schnell zu Dienstbeginn vorgenommen werden“, sagt Detlef Ahting, Verdi-Landesbezirksleiter in Niedersachsen und Bremen, „darüber hinaus sollten die Anstrengungen, dafür zu werben, sich impfen oder boostern zu lassen, nicht nachlassen.“ Die geplante Einführung der 3-G-Regelung am Arbeitsplatz sei insgesamt der richtige Weg.

Bisher erlaubt das Infektionsschutzgesetz Arbeitgebern eine Abfrage des Impfstatus nur bei Beschäftigten, die mit sogenannten vulnerablen Gruppen zu tun haben, das heißt mit Kranken, Pflegebedürftigen oder Kindern beispielsweise in Kitas, Schulen, Krankenhäusern oder Pflegeheimen.

Unklar ist bislang, welche Konsequenzen Unternehmen und Einrichtungen daraus ziehen sollen, wenn ein Ungeimpfter für sie arbeitet. Das kritisiert unter anderem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Bremen. „Was nun mit denjenigen passieren soll, die nicht geimpft sind, das hat uns die Bildungsministerin nicht mitgeteilt“,

sagt GEW-Landesvorsitzende Barbara Schüll. „Das sorgt einfach nur für Verunsicherung.“

Heiß diskutiert wird auch, ob beziehungsweise wie Mitarbeiter, die sich einem Test oder einer Impfung verweigern, entlohnt werden sollen. „In letzter Konsequenz müssten sie unbezahlt freigestellt werden“, sagt Neumann-Redlin. Das fordert auch Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Er verlangt von der Politik, die 3-G-Regel „sehr präzise und mit allen Konsequenzen“ zu formulieren, um Konflikte in den Unternehmen zu vermeiden. Die Politik müsse klarstellen, dass Impf- und Testverweigerer keinen Lohnanspruch für ausgefallene Arbeit hätten.

Der Bremer Arbeitsrechtler Ralf-Carsten Bonkowski rät den Betrieben und den Beschäftigten, es soweit gar nicht erst kommen zu lassen. Die Unternehmen sollten unbedingt prüfen, ob es für ungeimpfte Mitarbeiter nicht auch alternative Einsatzmöglichkeiten ohne Kontakt zu Kollegen und Dritten gebe, eventuell im Freien, im Homeoffice oder in anderen Abteilungen und Filialen. Als allerletztes Mittel für Unternehmen könnten personenbedingte Kündigungen herhalten. Für den Fall, so Bonkowski, rechne er aber mit Klagen der Arbeitnehmer vor Gericht.

Schlechtes Zeugnis für Deutschland

Vorstände bemängeln Standort

München. „Zu teuer und zu langsam bei der Transformation“: Ausländische Konzerne sehen den Wirtschaftsstandort Deutschland nach Angaben der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG zunehmend kritisch und fahren ihre Investitionen zurück. Für das Steuersystem und die digitale Infrastruktur gab es besonders schlechte Noten: Hier habe Deutschland „im EU-Vergleich weiter an Wettbewerbsfähigkeit verloren“, teilte KPMG am Mittwoch mit.

Die Wirtschaftsprüfer hatten 360 Finanzvorstände von deutschen Tochtergesellschaften internationaler Konzerne aus den USA, China, Japan und Europa befragt. Demnach planen nur noch 19 Prozent, in den kommenden fünf Jahren mindestens zehn Millionen Euro pro Jahr in Deutschland zu investieren. Vor vier Jahren wollten dies noch 34 Prozent.

Als größtes Investitionshemmnis nannten die befragten Konzernvorstände eine unzureichende digitale Infrastruktur. Für neun Prozent der Befragten ist sie „die schlechteste in der EU“, für weitere 24 Prozent zählt sie „zu den fünf schlechtesten in der EU“. Ein weiteres Ergebnis der Umfrage: „Deutschland ist zu teuer – bei Strom, Steuern und Arbeitskosten.“ Bei Industriestrom sei Deutschland mit Kosten von 18,18 Cent pro Kilowattstunde inzwischen das Schlusslicht in der EU. Das deutsche Steuersystem stuften die befragten Finanzvorstände „als nicht wettbewerbsfähig“ ein.

Bemängelt würden inzwischen auch marode Straßen, Brücken und Schienen. Nur noch 59 Prozent der befragten Konzernvorstände stuften die logistische Infrastruktur unter den Top fünf in der EU ein. Die besten Bewertungen erhält der Wirtschaftsstandort für Lebensstandard (81 Prozent), öffentliche Sicherheit (80 Prozent) und politische Stabilität (80 Prozent). Als Forschungsstandort sehen 56 Prozent der befragten Manager Deutschland im EU-Vergleich in der Spitzengruppe. Fortschritte gebe es bei der Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte: Laut der KPMG-Umfrage sehen 38 Prozent der Konzerne Deutschland in diesem Punkt unter den Top fünf in der EU. DPA

EUROSTAT

Inflation im Euroraum steigt über vier Prozent

Luxemburg. Die Inflationsrate im Euroraum ist im Oktober über vier Prozent gestiegen. Die Verbraucherpreise legten gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,1 Prozent zu, wie das Statistikamt Eurostat am Mittwoch in Luxemburg mitteilte. Damit wurde eine erste Schätzung wie von Analysten erwartet bestätigt. Es ist die höchste Inflationsrate seit Juli 2008, als die Rate ebenfalls 4,1 Prozent betragen hatte. Im Vormonat hatte die Rate noch bei 3,4 Prozent gelegen. Im Vergleich zum September stiegen die Verbraucherpreise um 0,8 Prozent. Getrieben wurde die Teuerung abermals durch Energie, die sich zum Vorjahresmonat um 23,7 Prozent verteuerte. DPA

GÜSTROW

Schweinepest-Fall: Tiertötung gestartet

Güstrow. Nach dem Auftreten der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in einem Mastbetrieb bei Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern hat die Räumung des gesamten Bestandes begonnen. Wie eine Sprecherin des Landkreises Rostock am Mittwoch in Güstrow sagte, sollen die etwa 4000 Schweine innerhalb von drei Tagen unter größten Sicherheitsvorkehrungen von einer Spezialfirma entsorgt werden. Die getöteten Tiere werden demnach in eine Tierkörperentsorgungsanlage im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte gebracht. DPA

HEIZÖL

Die meisten Verbraucher halten bezüglich der Preise ihre abwartende Stellung. Bei akutem Bedarf werden jedoch vermehrt Teilmengen gebucht.

Preisspanne der Händler

Angebotspreise je 100 l für Lieferung von 3000 l Premium-Qualität frei Tank (inkl. MwSt.).

Stand: 17. 11. 2021 88,05 bis 89,00 €
QUELLE: ENERGIE-INFORMATIONSDIENST

Seehafenbetriebe fordern faire Rahmenbedingungen

Zentralverband hält an Ausbau des Schienennetzes fest – notwendig sei auch eine bessere Taktung

VON PETER HANUSCHKE

Bremerhaven. Die deutschen Seehafenbetriebe sind laut dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) gut aufgestellt und zählen weiter zu den Jobmotoren in Deutschland. Allerdings müssten zeitnah die richtigen Weichen gestellt werden, damit das auch in Zukunft so bleibt. „Der Wettbewerb mit den anderen europäischen Häfen ist hart umkämpft“, sagte ZDS-Präsident Frank Dreeke an diesem Mittwoch im Rahmen der Verbands-Jahrespressekonferenz. „Deshalb benötigen wir faire Rahmenbedingungen, die von der Politik abgestimmt werden.“

So muss nach Ansicht des ZDS beispielsweise die deutsche Vorgehensweise bei der Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer weiter optimiert und das Verrechnungsmodell, wie es in fast allen anderen EU-Staaten eingesetzt wird, eingeführt werden. Derzeit ist es so, dass die Frist zur Zahlung im vergangenen Jahr auf rund 70 Tage verlängert wurde. Aber wenn Importeure ihre Ware etwa über Rotterdam oder Antwerpen umschlagen, können sie die Einfuhrumsatzsteuer im Rahmen ihrer Umsatzsteuerveranmeldungen

umgehend verrechnen. Zu den Rahmenbedingungen gehöre auch eine sinnvolle Standortpolitik – etwa der Ausbau des Schienennetzes und eine höhere Taktung im Güterverkehr, so Dreeke, der im Berufsalltag Vorstandsvorsitzender der Bremer BLG Logistics Group ist. Deutschland sei zwar führend beim Transport vom und zum Hafen im Güterverkehr auf der Schiene, aber im Sinne des Umweltschutzes müsse ein weiterer Ausbau erfolgen. Es nütze nichts, wenn das nur in den Häfen stattfindet. „Wenn mehr Verkehr auf die Schiene soll, dann brauchen wir auch mehr Schiene.“

Von der nächsten Bundesregierung hat der ZDS klare Erwartungen: Zukunftsgerechte Verkehrswege und eine angemessene digitale Infrastruktur seien die Grundlage dafür, im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. „Man muss in diesen Bereichen schneller vorankommen, um die Prozesse der Digitalisierung und Automatisierung im engen Dialog mit un-

ter Sozialpartnern zeitnah umsetzen zu können“, so Dreeke.

„Wir schauen zwar optimistisch nach vorne, haben aber die vor uns liegenden Herausforderungen fest im Blick“, so der ZDS-Präsident. Energiewende, Digitalisierung, schärferer Wettbewerb und Verwerfungen im globalen Handel seien für die Seehafenbetriebe direkt spürbar. Der ZDS erwartet von der Politik deshalb weiterhin hohe Investitionen in die Verkehrs- und die Kommunikationsinfrastruktur, die Sicherstellung von fairen Wettbewerbsbedingungen und eine adäquate Förderkulisse zur Unterstützung der Energiewende in den Häfen. Der Bund müsse auch mehr als die bisherigen knapp 19 Milliarden Euro in zukunftsgerechte Schienen, Straßen und Wasserstraßen investieren. Gerade im Coronajahr habe sich gezeigt, dass die Seehäfen als systemrelevant einzuordnen seien.

Die Seehäfen sicherten die Rolle Deutschlands als Logistikweltmeister und Export-



Frank Dreeke
FOTO: DRESSLER

Weiterhin unter Vorkrisenniveau

„Im laufenden Jahr haben wir eine Aufholbewegung im Welthandel und im Seegüterumschlag gesehen“, heißt es vonseiten des Zentralverbands der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS). Offizielle Zahlen zum Umschlag in deutschen Seehäfen vom Statistischen Bundesamt zeigen, dass der Gesamtumschlag im ersten Halbjahr 2021 um 5,1 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum im Krisenjahr 2020 anstieg. Von Januar bis Juni 2021 wurden 142,6 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. „Wir liegen aber immer noch unter dem Vorkrisenniveau von 2019, wo der Gesamtumschlag im ersten Halbjahr bei 148 Millionen Tonnen lag“, betonte der ZDS-Vorsitzende Frank Dreeke. Der ZDS ist der Bundesverband der rund 150 am Seegüterumschlag beteiligten Betriebe in Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. PHA